

(Heiderose Berroth)

Zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen mussten leider kräftige Kürzungen bei den Straßenbaumitteln für Erhaltungsmaßnahmen vorgenommen werden, obwohl hier ein großer Nachholbedarf besteht. Deswegen hoffen wir sehr, dass es gelingt, die Wirtschaft in ganz Deutschland wieder richtig in Gang zu bringen, damit wir auch dieser Aufgabe bald wieder nachkommen können.

(Abg. Göschel SPD: Als die Wirtschaft in Gang war, hat die FDP mitgekürzt!)

Die Kürzungen bei der Unterhaltung von Landes- und Bundesstraßen und Brücken sind ebenfalls aufgrund von Steuermindereinnahmen erfolgt.

Zum ÖPNV will ich heute gar nicht mehr viel sagen, weil wir am nächsten Donnerstag über unsere Große Anfrage zu diesem Thema debattieren werden. Deshalb spare ich mir diese Zeit.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Aber kurz noch zu dem, was selbst Herr Kollege Göschel als „Mautdesaster“ bezeichnet hat.

(Abg. Göschel SPD: Was heißt „selbst“?)

Es ist schon toll, dass Sie nun sagen, das sei ein Versagen der Industrie.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist es doch auch überwiegend! Von wem denn sonst? – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

– Nein. Das ist ein Versagen derjenigen, die sich von dieser Industrie bis zum Schluss an der Nase haben herumführen lassen. Jeder hat doch gewusst, dass eine zeitgerechte Umsetzung nicht möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Was waren Sie denn da so gutgläubig? Offensichtlich weil irgendwelche anderen Bindungen bestehen. Geben Sie das doch endlich zu, und schieben Sie das nicht auf andere ab.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Göschel SPD: Da hätten Sie rechtzeitig ein Gutachten machen müssen!)

Ich halte dem Minister Stolpe auch gar nicht vor, dass er aus Ostdeutschland kommt und das deshalb vielleicht nicht richtig blickt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was haben Sie gerade über Ostdeutsche gesagt?)

Ich habe noch nie verlangt, dass ein Chef alles selbst wissen muss. Aber er muss eine vernünftige Mannschaft haben, die ihn richtig informiert,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Haben Sie gerade gesagt: „Ostdeutsche blicken es nicht“?)

und er muss aus diesen Erkenntnissen dann die richtigen Schlüsse ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Carla Bregenzer SPD – Abg. Stickelberger SPD: Jetzt haben Sie alle Ostdeutschen beleidigt, Frau Berroth!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich es richtig gehört habe, hat Frau Kollegin Berroth gerade versucht, Herrn Minister Stolpe für seine Herkunft als Ostdeutscher in Schutz zu nehmen, indem sie sagte,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein! Das war der Herr Göschel!)

dass aufgrund seiner Herkunft entschuldigt sei, dass er nichts wisse.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das hat er so formuliert! Das ist nicht mein Thema!)

Anscheinend gibt es bei Ihnen in der Fraktion einen Wettbewerb um die peinlichsten Bemerkungen. Mein lieber Mann!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich komme jetzt zu den sicher mit Spannung erwarteten Ausführungen über meine These, dieser Landeshaushalt bedeute Sparen auf Kosten der Umwelt, Sparen auf Kosten der Kommunen und Sparen auf Kosten der Zukunft.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Spannung ist etwas anderes!)

Erstes Beispiel ist der Landesstraßenbau. Meine Damen und Herren, die Landesregierung selbst hat sich vorgenommen, 60 Millionen € jährlich in die Erhaltung des Landesstraßennetzes zu investieren. Dieser Haushalt weist 48 Millionen € für diesen Zweck aus. Das heißt, Sie sparen hier 12 Millionen € an der Zukunft; denn irgendwann müssen Sie diese Erhaltungsinvestitionen tätigen.

Meine Damen und Herren, 85 Millionen € für den Landesstraßenbau kommen aus zwei kreditfinanzierten Sonderprogrammen, das heißt, aus einem Schattenhaushalt. Die Einsparung, die Sie in diesem Bereich vorgenommen haben, funktioniert folgendermaßen: Würden Sie ordentlich tilgen – so, wie es mit den kreditgebenden Banken vereinbart war –, müssten Sie in diesem Jahr 60 Millionen € an die Banken zurückzahlen. Sie strecken die Tilgung und führen nur 30 Millionen € dieser Schulden zurück. Das nennen Sie „30 Millionen € sparen“. Wenn ein Privatmann mit solchen Vorgaben zu einer Bank geht, müsste er eigentlich Insolvenz anmelden, wenn er schon seine Zinsen nicht mehr zahlen kann. So weit sind Sie mit Ihrem Landesstraßenbau.

Man kann es auch so formulieren: Sie haben nicht genügend Geld für die Erhaltung Ihres Straßennetzes, und Sie haben noch nicht einmal die Möglichkeit, die Zinsen für Ihre Neubauprojekte zu zahlen. Das nenne ich Sparen auf Kosten der Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Boris Palmer)

Meine Damen und Herren, der Rechnungshof ist mit uns darin einig, dass diese Sonderprogramme gestoppt werden müssen. Wenn überhaupt Investitionen in Landesstraßen getätigt werden können, müssen sie im Haushalt ordentlich ausgewiesen werden. Das Ergebnis wäre dann eben, Herr Scheuermann, dass in der Zeitung nicht „2 Milliarden € Schulden“, sondern „2,1 Milliarden € Schulden“ steht. So ehrlich müssten Sie sein, dafür den Kopf hinzuhalten und sich nicht in Schattenhaushalte zu flüchten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zweites Beispiel: Kürzungen beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Hier ist ein Einsparbetrag von 53 Millionen € vorgesehen. Gerade in diesen Tagen hat das Ministerium konkretisiert, wie diese Einsparung durch eine Änderung der Förderrichtlinien erbracht werden soll. Ich stelle fest: Kürzungen der Fördersätze erfolgen ausschließlich beim öffentlichen Personennahverkehr – von 85 auf 75 % bei der Infrastruktur, von 50 auf 35 % bei der Fahrzeugförderung. Der Fördersatz für den kommunalen Straßenbau bleibt mit 70 % unverändert.

Das ist eine einseitige Benachteiligung des öffentlichen Verkehrs. Das ist der Abschied von einer grünen Phase in der Verkehrspolitik des Landes. Sie kehren zu der alten Methode zurück, die da heißt: Straßen bauen und Busse und Bahnen vernachlässigen. Das ist traurig und entspricht überhaupt nicht den Zielen, die Sie, Herr Scheuermann, genannt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Hinzu kommt, dass die Begründung, die Minister Müller für diese einseitige Kürzungssorgie gibt, überhaupt nicht trägt. Der Minister sagt: „Wir haben weniger Geld. Deswegen müssen wir die Fördersätze senken, sonst würden einige Projekte mit hohen Mitteln gefördert, andere dagegen gar nicht.“ Nur, meine Damen und Herren: Vor zwei Monaten hat derselbe Minister eine Stellungnahme zu einem Antrag der Fraktion der Grünen unterzeichnet, worin ausgeführt wird, dass es nur im Straßenbaubereich einen Antragstau gibt, während alle Anträge zum öffentlichen Verkehr bedient werden können. Das heißt, die vom Minister gegebene Begründung würde eigentlich dazu dienen, die Sätze beim öffentlichen Verkehr zu belassen und sie beim Straßenbau zu kürzen. Das Gegenteil passiert. Auch hieran wird deutlich: Mit Logik hat das nichts zu tun, bestenfalls mit Ideologie.

Hier findet ein Paradigmenwechsel statt, den wir bedauern. Denn schon im Jahr 2003 wurden die notwendigen Einsparungen zu 100 % vom öffentlichen Verkehr erbracht – 45 Millionen € –, während der Straßenbau 0 Millionen € an Einsparungen zu tragen hatte. Meine Damen und Herren, das nenne ich Sparen auf Kosten der Umwelt und der Kommunen, die diese Zuschüsse entweder selbst begleichen müssen oder die Projekte eben nicht mehr finanzieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir haben deswegen auch hierzu einen Antrag gestellt, nach dem eine Rückumschichtung vorgenommen und den Kommunen die Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel im bisherigen Umfang gewährt werden soll.

Drittes Beispiel: generelles Sparen beim öffentlichen Verkehr. Meine Damen und Herren, immer wieder hebt der Minister hervor, dass das Land 1 Milliarde € pro Jahr für die Förderung des öffentlichen Verkehrs ausgibt. Das ist buchhalterisch richtig. Aber Tatsache ist auch: Von dieser 1 Milliarde € stammen gerade einmal 28 Millionen € aus originären Landesmitteln – das sind 2,8 %. Der Rest sind Bundesmittel und Mittel der Kommunen. Hier gibt es also wirklich nichts mehr, was gerühmt werden könnte. Sie haben die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr aus Landesmitteln in den letzten sieben Jahren so systematisch zurückgefahren, dass man heute eigentlich nicht mehr von einer Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel aufgrund Ihrer eigenen Initiative sprechen kann. Hinzu kommt: Die Restmittel von 28 Millionen € werden mit einer globalen Minderausgabe von 30 Millionen € belegt, sodass man schon jetzt sagen kann: In diesem Jahr exakt null Euro für den öffentlichen Verkehr. Meine Damen und Herren, das nenne ich Sparen auf Kosten der Umwelt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie können schlecht rechnen!)

– Rechnungen sind entweder richtig oder falsch, aber nie schlecht, Frau Kollegin.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dann sind sie falsch!)

Viertes Beispiel: der Kommunale Umweltschutzfonds. In diesem Bereich kürzen Sie 27 Millionen €. Dieses Geld fehlt den Kommunen und der Umwelt. Die Conclusio ist einfach: Ich nenne das Sparen bei den Kommunen und der Umwelt. Auch hierzu haben wir einen Antrag eingereicht, in dem wir einen Verzicht auf diese Kürzung fordern. Dieses Begehren ist selbstverständlich mit einer Gegenfinanzierung verknüpft.

Fünftes Beispiel: Hier geht es um die Bereiche, in denen man nicht spart. Darüber hat seltsamerweise noch niemand gesprochen. Es gibt auch Posten im Haushalt, bei denen nicht gespart wird.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sehr bewusst!)

– Sehr bewusst. Ich habe das vermutet. – Ich nenne Ihnen jetzt das Beispiel. Dieses Jahr werden 12 Millionen € Subventionen für Billigflieger aus dem Landeshaushalt ausgereicht, 12 Millionen € Schuldendiensthilfe für den Flughafen Stuttgart, der dieses Geld an den Flughafen Söllingen für den dortigen Ausbau weiterreicht. Wie Sie wissen, gibt es dort praktisch keinen Linienverkehr, sondern überwiegend Billigflug- und Charterverkehr. Man kann bei den für dieses Jahr prognostizierten 300 000 Fluggästen ausrechnen, dass jeder Passagier, der in Söllingen in einen Billigflieger einsteigt, aus dem Landeshaushalt 40 € in die Tasche gesteckt bekommt. Meine Damen und Herren, wie das mit der jetzigen Finanzlage zu vereinbaren ist, dürfen Sie mir gerne erklären.

(Beifall bei den Grünen)

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die Finanzierung dieser 12 Millionen € im laufenden Haushalt eine gehörige Porti-

(Boris Palmer)

on Erfindungskraft benötigt hat, denn die Finanzierung dieser 12 Millionen € erfolgt dadurch, dass die Schuldendiensthilfe für die neue Messe gestreckt wird. Das heißt, Sie finanzieren diese Subvention für Billigflieger mit Geld, das Sie noch gar nicht haben, nämlich mit Schuldendiensthilfe, die Sie im Haushalt 2010 oder 2012 noch erbringen müssen. Meine Damen und Herren, dazu fällt mir nur noch eine neue Bezeichnung ein: Das nenne ich Sparen beim Verstand.

(Beifall bei den Grünen)

Ich nenne weitere Bereiche, in denen nicht gespart wird. Beim Klimaschutzprogramm – Herr Scheuermann, hierfür ausdrücklich meine Anerkennung – sparen Sie entgegen den ursprünglichen Absichten des Entwurfs nicht. Wir haben für kurze Zeit darüber gerätselt, ob es möglicherweise ein Erfolg der Opposition sein könnte, dass Sie diesen Kürzungsantrag zurückgezogen haben.

(Abg. Scheuermann CDU: Das haben wir allein gemacht!)

Selbstverständlich hatten wir beantragt, diese Kürzung nicht zu vollziehen. Die SPD ist sogar noch weiter gegangen. Es ist aber schnell klar geworden, dass dies kein Erfolg der Opposition ist, sondern dass Ihnen aufgegangen ist, dass ein Minister, der den Klimaschutz auf seine Fahne schreibt, ziemlich mit abgeschnittenen Hosen

(Abg. Dr. Caroli SPD: Mit abgesägten!)

dasteht, wenn er nachher im Haushalt keine Gelder mehr dafür hat. Aber sei es drum. Wenn die Sorge um das Image des Ministers dazu dient, dass Sie eine etwas bessere Klimaschutzpolitik machen, soll uns das recht sein. Wenn Sie an dieser Stelle das EEG erwähnen, das Sie jetzt loben, soll uns das ja freuen – das ist uns recht –, aber wenn Sie dadurch in der Umweltdebatte gut dastehen wollen, indem Sie ein Instrument, das Sie lange Jahre bekämpft haben, endlich akzeptieren – –

(Abg. Hauk CDU: Das ist ja gar nicht wahr! – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Natürlich haben Sie das bekämpft!)

– Entschuldigung, Herr Kollege Hauk. Herr Minister Müller hat immer gesagt,

(Abg. Hauk CDU: Das Instrument haben wir nicht bekämpft, sondern nur die Inhalte!)

das EEG taue nichts, und kam mit seinen Quotenmodellen. Jetzt sagen Sie: Wir stimmen dem zu. Damit akzeptieren Sie doch das Instrument.

(Abg. Hauk CDU: Mangels einer Alternative! – Lachen des Abg. Dr. Caroli SPD)

Immerhin haben Sie sich bewegt. Früher haben Sie es abgelehnt, jetzt stimmen Sie zu. Das begrüße ich. Aber es geht nicht, hier ein Prestigeobjekt der Ökologie, eine Bewegung in der Umweltpolitik zu loben und am nächsten Tag in der Parlamentsdebatte oder draußen im Land darüber herzuziehen, dass der Verbraucher höhere Umlagen beim Strom bezahlen muss. Sie können nicht beides haben: den Beifall der

Stromverbraucher und den Beifall der Umweltschützer. Das geht nicht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE: Entweder – oder! – Abg. Hauk CDU:
Sehr wohl!)

Weil die SPD mehrfach darauf hingewiesen hat, dass ihre Anträge in diesem Bereich weiter gehen als unsere – Herr Kollege Caroli, Sie haben die Zahlen genannt –, möchte ich doch noch erwähnen, dass die Schwierigkeit der Fraktion GRÜNE darin besteht, dass wir weder Banken noch Brauereien zu verkaufen haben und deswegen auch nicht genügend Spielgeld haben, um schöne Anträge zu finanzieren. Sie mögen uns das bitte nachsehen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Caroli SPD:
Diese Begründung bleibt aber unzureichend! Wer etwas will, muss das Geld dafür bereitstellen!)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, bei dem nicht gespart wird, meine Damen und Herren: zur Länderkommission Kerntechnik. Die Länderkommission Kerntechnik hat im Rahmen des Skandals um Philippsburg, der den Minister beinahe zum Rücktritt gebracht hätte, hinreichend bewiesen, dass sie vollkommen unfähig und überflüssig ist; denn zu keinem Zeitpunkt hat sie irgendetwas unternommen, um diesen Skandal aufzuklären oder Abhilfe zu schaffen. Sie ist ausschließlich ein parteipolitisches Instrument. Sie wurde gegründet, um gegen die Reaktorsicherheitskommission des Bundes zu polemisieren und eigenständige Experten einzusetzen, die offenbar nichts zu tun haben. Meine Damen und Herren, der Landeshaushalt ist so eng gestrikt, dass wir uns derartigen parteipolitisch motivierten Blödsinn – Doppelstrukturen, wie Sie es im Sozialbereich gerne nennen – nicht mehr leisten können, und die 500 000 €, die Ihnen dieser Quatsch wert ist, hätten wir gern wieder im Landeshaushalt zurück.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben deswegen auch hierzu einen Antrag gestellt: Diese Kommission muss abgeschafft werden.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Volle Zustimmung bei diesem Punkt!)

Fassen wir das finanzielle Ergebnis dieser Haushaltsberatungen zusammen: Im Einzelplan des Umwelt- und Verkehrsministeriums werden erstaunliche 140 Millionen € „eingespart“, 80 Millionen € davon ausschließlich bei den Kommunen – GVFG und Kommunalen Umweltschutzfonds – und 60 Millionen € in Form von Luftbuchungen, nämlich mit globalen Minderausgaben und einer Tilgungstreckung bei kreditfinanzierten Sonderprogrammen. Meine Damen und Herren, wenn ich immer lese, dass Sie 1 Milliarde € in diesem Haushalt einsparen, und mir genauer anschau, wie Sie das beim Haushalt des Umwelt- und Verkehrsministeriums machen, dann ist das wirklich eine Lachnummer. Nicht ein Euro dieser Einsparungen ist in irgendeiner Weise seriös oder im eigenen Bereich im Landeshaushalt erbracht.

(Zuruf von der CDU: He, Palmer!)

– Die Wahrheit tut so weh, dass Sie still sind.

(Boris Palmer)

Wir haben selbstverständlich versucht, innerhalb des gegebenen Finanzrahmens mit Gegenvorschlägen, die durch Anträge hinterlegt sind, bessere Ergebnisse zu erzielen. Wir haben dazu – das ist sicherlich nicht populär, auf gar keinen Fall populistisch – einen Vorschlag von Minister Müller aus dem Jahr 2002 aufgegriffen. Herr Minister Müller hat damals wegen der Finanznot vorgeschlagen – er konnte sich aber damit im Kabinett nicht durchsetzen –, den Wasserpfehnig zu erhöhen. Herr Minister Müller, nochmals Respekt für diese Initiative, die Sie damals im Zusammenhang mit dem Integrierten Rheinprogramm gestartet haben!

Die finanzielle Situation ist seither noch schlimmer geworden. Deswegen glauben wir, dass die Finanzierung des Integrierten Rheinprogramms, dass die Finanzierung des Grundwasserschutzes vollständig aus Mitteln des Wasserpfehnigs erbracht werden kann. Das hätte den Vorteil, dass man den Verbrauchern wieder sagen könnte, wozu der Wasserpfehnig dient – denn die Zweckentfremdung dieser Mittel in der jüngeren Vergangenheit ist ein Ärgernis –, und es hätte den Vorteil, dass wir dadurch originäre Landesmittel wieder für Aufgaben frei hätten, die wir derzeit nicht vernünftig erfüllen können.

(Beifall bei den Grünen)

Wir möchten, dass die Aufgaben im Umweltbereich wieder erfüllt werden können. Wir möchten die Billigflieger vom Himmel holen,

(Zurufe von der CDU: Vom Himmel holen? – Luftabwehr? – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Abschießen!)

ihnen jedenfalls nicht noch Landesgeld hinterherschicken. Wir möchten die Schattenhaushalte ans Tageslicht bringen, und wir wollen Kürzungen im Umweltbereich in Höhe von 60 Millionen € vermeiden und haben dafür Gegenfinanzierungen – und zwar nicht den Verkauf von Brauereien und Bankanteilen – vorgesehen.

Zusammenfassend und zum Schluss möchte ich nochmals betonen, meine Damen und Herren: Der Sparzwang in diesem Landeshaushalt ist völlig unbestritten. Wir haben hier jetzt gerade eine Debatte geführt, die sich von Debatten über andere Einzelpläne insbesondere dadurch unterscheidet, dass nicht die Frage war, ob man die Einsparungen insgesamt mitträgt oder nicht. Die Summe der notwendigen Einsparungen ist akzeptiert und unbestritten. Unsere Anträge sehen ausschließlich Umschichtungen innerhalb des Einzelplans 10 vor und gewährleisten dadurch eine vollständige Gegenfinanzierung. Das heißt, der Unterschied zwischen der Art des Sparens, die Sie vornehmen, und der Art des Sparens, die wir vornehmen, ist ganz simpel: Sie sparen am Verstand, wir sparen mit Verstand.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Einbildung ist auch Bildung!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht mehr viel Redezeit. Deswegen im Telegrammstil:

Erstens: Die SPD macht sich offensichtlich viele Sorgen um die Karrieren in meiner Fraktion. Ich kann daraus nur schließen: An eine eigene Karriere glauben Sie schon lange nicht mehr.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Zweitens: Der Kollege Palmer hat ständig erzählt, wir sparen auf Kosten der Umwelt, wir sparen auf Kosten der Kommunen, wir sparen auf Kosten des Verkehrs. Mit durch Ihre Politik in Berlin, Herr Palmer, sind wir zu solchen Sparmaßnahmen gezwungen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Endlich kommt's! – Abg. Stickleberger SPD: Tata, tata! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Wir sparen nicht nur im Haushalt des Ministeriums für Umwelt und Verkehr, sondern wir sparen in allen anderen Haushalten ebenso.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Vorhin war es besser!)

Drittens und als Vorletztes: Flughafen Söllingen. Wenn wir das machen würden, was Sie beantragt haben, dann wären die letzten Dinge schlimmer als alle bisherigen. Wir hätten eine „glänzende“ Investitionsruine dastehen. Das können Sie mit allen machen, nur nicht mit uns.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die haben Sie nachher auch, nur viel teurer!)

Als Letztes, Herr Palmer: Wenn Ihnen nichts mehr einfällt – mit „Ihnen“ meine ich Sie persönlich, aber auch Ihre Partei –,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gibt's gar nicht!)

dann flüchten Sie sich in Erhöhungen von Steuern und Abgaben. Das ist das Letzte, was wir in der gegenwärtigen Zeit brauchen. Deswegen machen wir auch das nicht mit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Idee ist von Herrn Müller!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Wir haben uns bei einigen kurzen Beiträgen mit dem Beifall von der falschen Seite beschäftigt. Ich will Ihnen ein Beispiel geben, wie es einem so gehen kann, wenn man sich auf diesem Feld bewegt. Der Herr Bundesaußenminister ist neulich im Zusammenhang mit der Ehrung von Kofi Annan in Baden-Baden auf dem Flughafen in Söllingen gelandet. Er hat diesen Flughafen gelobt.

(Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Was lernen wir daraus?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Keine Ahnung!)

Seine Karriere ist am Ende. Allerdings gibt es einen Unterschied: Er ist nicht mit einem Billigflieger gelandet, sondern mit der Challenger der Bundesregierung. Die gehört nicht zu den Billigfliegern.

(Göschel)

gion aus unterschiedlichen Gründen erst jetzt an der Pforte des Paradieses anklopfen kann, aber dort sofort abgewiesen wird, dann ist das eine Schieflage und Benachteiligung einer großen Region unseres Landes.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Letzter Punkt: Wir haben nicht kritisiert, die Kürzungen seien nicht ausgewogen; denn wir sind durchaus der Meinung, dass sowohl beim ÖPNV als auch beim kommunalen Straßenbau zu viel gekürzt wird. Deswegen haben wir auch entsprechende Erhöhungsanträge gestellt. Wir fordern beispielsweise, die gesamte Kürzung um 53 Millionen €, die das Land bisher als Eigenmittel, als Komplementärmittel zum GVFG dazugegeben hat, wieder aufzuheben, und zwar sowohl die Kürzung um 23 Millionen € im kommunalen Straßenbau als auch die Kürzung um 30 Millionen € beim ÖPNV. Wir kritisieren nicht, Sie würden einseitig streichen, sondern wir kritisieren, dass Sie überhaupt eigene Mittel des Landes streichen. Oder, um in Ihren Worten zu bleiben, Herr Minister Müller: Wir kritisieren, dass Sie nur noch in fremden Hosen stinken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

(Abg. Hoffmann CDU: Schon wieder?)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, für eine Minute nehme ich die Rolle des Buchhalters an.

(Abg. Hoffmann CDU: Was?)

Eine Bemerkung vorweg: Sie haben sich nicht mehr zu dem geäußert, was es bedeutet, Ihre Einsparleistungen dadurch zu erbringen, dass Sie einfach nur Tilgungsleistungen für Schulden aussetzen. Ich glaube, aus dieser Stille spricht das schlechte Gewissen.

Punkt 2: Ich habe mich heute Nacht bis etwa 1:30 Uhr mit Ihrer schönen Formel für den Selbstbehalt im kommunalen Straßenverkehr beschäftigt, die lautet: Zwei mal Einwohner plus 50 mal Wurzel aus Bausummenkosten.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Phänomenal!)

Diese Formel hat mich lange beschäftigt. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass sie im Endeffekt eine etwa vierprozentige Reduktion des Fördersatzes im kommunalen Straßenbau bewirkt. Ich habe aber auch durchgerechnet, was es für den öffentlichen Personennahverkehr bedeutet, einen Selbstbehalt von 100 000 € einzuführen, und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass die Größenordnung in etwa dieselbe ist.

Aus diesem Grund glaube ich, dass ich nicht wider besseres Wissen, sondern aufgrund fundierter mathematischer Berechnungen, die Sie im Ministerium gern noch etwas detaillierter durchführen können, um mich vom Gegenteil zu überzeugen, nach dem Stand der Dinge das Richtige gesagt habe, nämlich: Die Kürzungen treffen ausschließlich den öffentlichen Verkehr beim Fördersatz, und beim Selbstbehalt sind öffentlicher Verkehr und Straßenverkehr gleich schlecht dran.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Zeller SPD: Tosender Beifall der Abg. Brigitte Lösch! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Für Mathematik gibt es nie Beifall!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch etwas klarzustellen, weil mir meine Worte vorhin im Mund umgedreht worden sind. Ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen:

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Es liegt mir wirklich fern, jemanden wegen seiner Herkunft zu verunglimpfen. Ich habe ein Wort des Kollegen Göschel aufgegriffen, der seinem Parteifreund und Bundesverkehrsminister unterstellt hat, dieser sei leichtgläubig gewesen.

(Abg. Göschel SPD: „Leichtgläubig“ habe ich nicht gesagt! Falsch! „Großes Vertrauen“! „Übergroßes Vertrauen in westdeutsche Technik“!)

– Wir lesen es nach. „Zu großes Vertrauen“ ist in dieser Position nach meiner Ansicht mit Leichtgläubigkeit gleichzusetzen. Seien Sie mir nicht böse.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn man in einer solchen Position ist, sollte man eine Sachlage beurteilen können.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was hat das mit Ostdeutsch zu tun?)

– Überhaupt nichts. Das hat Herr Göschel gesagt – das ist ja genau der Punkt – und nicht ich.

(Abg. Göschel SPD: Es wird nicht besser!)

Herr Minister Müller, ich möchte mich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie die Blumen stehen gelassen haben. Jeder, der sich etwas mit der Botanik beschäftigt, weiß, dass sich die allermeisten Pflanzen über Samen vermehren. Dazu muss eine Blüte befruchtet werden. Deswegen ist es wichtig, dass die Blumen noch stehen.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Zu den Haushaltsanträgen noch vorab eine Bemerkung.

(Unruhe)

Ich habe das vorhin nicht deutlich gesagt: Auch die FDP/DVP steht zum Selbstbehalt, vor allem dort, wo er sich in so phänomenaler Weise an der Leistungskraft der Kommunen orientiert. Ich finde die Formel wirklich gut.

Weiter haben die Grünen einen Antrag eingebracht, nach dem der Wasserpfennig erhöht werden soll. Ich finde es erstaunlich, dass Sie eine Veränderung vornehmen wollen, ohne wenigstens auch den Begriff „Pfennig“ anzupassen. Ich werde dazu aber keinen Antrag stellen, weil wir dieses Instrument ohnehin nicht für richtig halten. Wir wollen da mittelfristig eine Veränderung. Das erreichen wir zwar nicht in diesem Haushalt, aber wir müssen dranbleiben.